

JAHRESINFO 2025 / 2026



Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD



Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V.

Bleckenstedter Str. 14a, 38239 Salzgitter, Tel: 05341 / 90 01 94, info@ag-schacht-konrad.de, www.ag-schacht-konrad.de

Schacht KONRAD – es bleibt spannend!

Interessante Entwicklungen in 2025 - Viel zu tun in 2026 - Wir brauchen weiter eure Unterstützung

Nächster Schritt im Klageverfahren steht an

Ein Jahr nach der Einreichung der Klage auf Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses hat die Gegenseite – in diesem Fall das Niedersächsische Umweltministerium – die Klageerwiderung geschickt. Dabei stützt sie sich im Wesentlichen auf die Ergebnisse der Gutachten für die BGE im Rahmen der sogenannten „Überprüfung der sicherheitstechnischen Anforderungen für das Endlager Konrad“ (ÜSiKo) Phase 2. Schon in Phase 1 wurden grundlegende Fehler bei dem Projekt KONRAD ignoriert, keine neuen Daten erhoben und nicht einmal die vorhandenen Unterlagen vollständig analysiert. Nachdem wichtige Probleme als nicht sicherheitsrelevant eingestuft worden sind, verbleiben 36 Punkte, bei denen in Phase 2 die vorhandenen Sicherheitsanalysen aktualisiert werden sollen.

Bezeichnenderweise wurden die Ergebnisse der alten Unterlagen in der Phase 1 überall dort, wo sie für die BGE und ihre Gutachter passten, ungeprüft übernommen. An den Stellen, an denen die Ergebnisse nicht passten, wurden sie in Phase 2 wegdefiniert, Experimentierfehler vermutet und durch pure Annahmen ersetzt. Ein Beispiel: „Letztlich gibt es keinen Hinweis, warum die Gesteine der Plänerkalke eine höhere Sorption aufweisen sollten als andere Gesteine mit ähnlichem Mineralbestand...“ Und flugs, ist eines der Deltas wegdefiniert. Kann sein, dass das richtig ist, kann aber auch nicht sein. Gewissheit würde man erhalten, wenn man das Experiment mit dem Gestein aus Schacht KONRAD wiederholen würde – aber das ist von der BGE und ihren Gutachtern nicht gewollt.

Für uns bedeutet dies, dass wir die Klageerwiderung inklusive wichtiger Punkte der Üsiko-Unterlagen in Phase 2 begutachten und juristisch bewerten lassen müssen.



Auf Teufel komm raus soll ein Genehmigungsverfahren umgangen werden

Am 16. April 2025 berichteten das Magazin Plusminus und die Tagesschau, dass nach derzeitigen behördlichen Auflagen keine Einlagerung von Atommüll in Schacht Konrad erfolgen könne. Dies gehe aus vertraulichen Dokumenten hervor, die BR und NDR exklusiv vorliegen würden.

Die gehobene wasserrechtliche Erlaubnis von 2002 schreibt eine Begrenzung der wassergefährdenden Stoffe vor, die in Schacht Konrad eingelagert werden dürfen. „In den 303.000 Kubikmetern Atommüll, die in „Konrad“ landen sollen, dürften zum Beispiel nur 43 Kilogramm Quecksilber enthalten sein - oder nur elf Gramm Platin. Werden diese Grenzwerte exakt eingehalten, kann laut Experten nur ein Bruchteil der schwach- und mittelradioaktiven Abfälle eingelagert werden.“

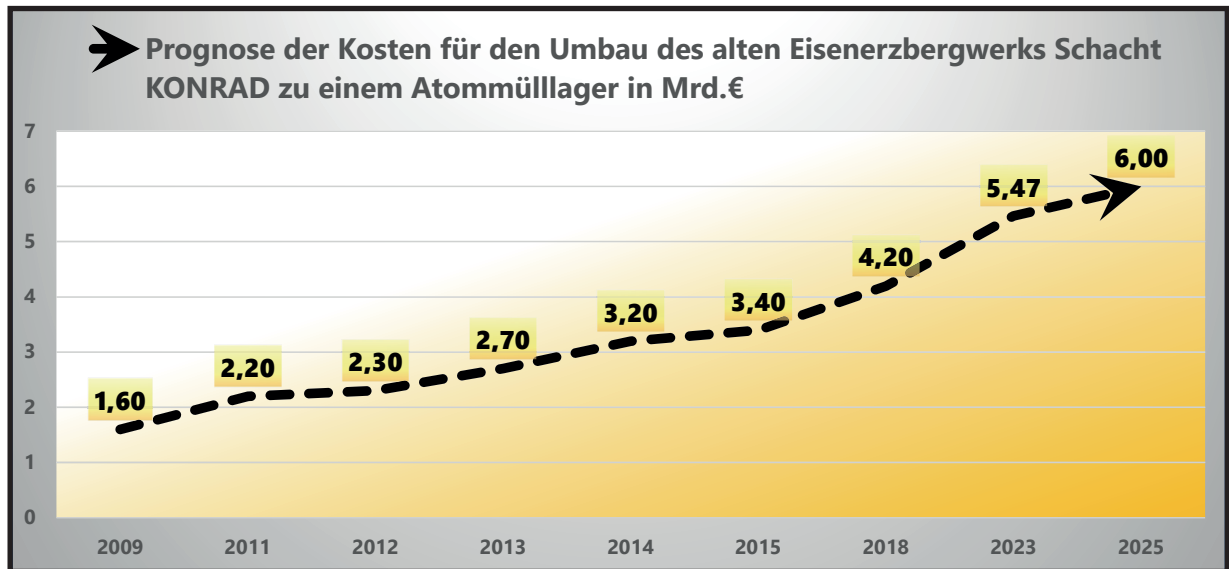
Eigentlich müsste die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) jetzt eine **Änderung der wasserrechtlichen Genehmigung** beantragen, wenn sie an dem Projekt Schacht KONRAD festhalten will. Doch das wäre für die Betreiberin der Super-Gau. Denn dann müsste das gesamte Projekt neu auf den Prüfstand und da ist die Angst groß, dass es das Ende für das Atommülllager bedeuten würde. Deshalb will die BGE stattdessen in Abstimmung mit den zuständigen Behörden einen rechnerischen Nachweis der wasserrechtlichen Unbedenklichkeit anhand von Stofflisten erbringen. Dazu sollen die Annahmen über Geologie, Hydrogeologie und Ausbreitungsmechanismen aus dem Langzeitsicherheitsnachweis zugunsten des Betreibers geändert und Sicherheitszuschläge eliminiert werden. Eine wesentliche Änderung des Sicherheitsnachweises, die ohne Öffentlichkeitsbeteiligung durchgezogen werden soll.

Für uns bedeutet das, dass wir auch in diesem Punkt gutachterlichen und juristischen Beistand brauchen werden. **Um diesen zu finanzieren sind wir auf eure Unterstützung angewiesen.**



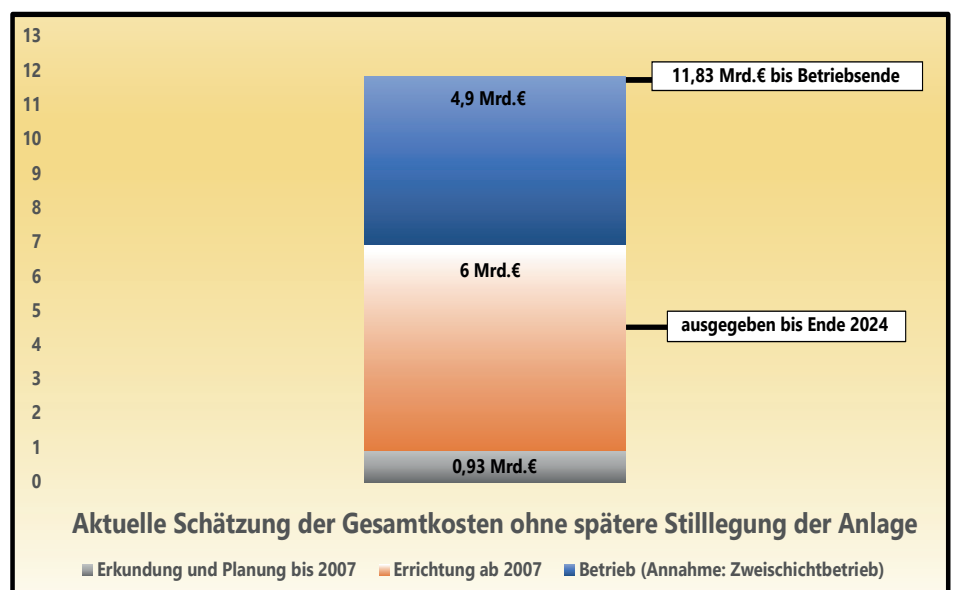
Schacht KONRAD: Auch finanziell ein Fass ohne Boden

Ursprünglich hieß es im Jahr 2009, dass der Umbau des alten Eisenerzbergwerks Schacht KONRAD zu einem Atommülllager 1,6 Mrd. Euro kosten würde. Seitdem haben sich die Kosten vervielfacht. Zuletzt hatte die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) Ende 2023 die Zahl von 5,47 Mrd. Euro für die Umbaukosten bekannt gegeben. Doch auch das wird nicht ausreichen. Im aktuellen Entwurf des Bundeshaushaltes sind bereits 6 Mrd. Euro eingeplant. Es zeigt sich, dass der Umbau eines alten Bergwerks nicht nur sicherheitstechnisch, sondern auch finanziell eine schlechte Idee ist.



Auch die **Prognosen** für die späteren Betriebskosten gehen steil nach oben. War vor zwei Jahren noch von 120 Mio. Euro pro Jahr die Rede, sind es im aktuellen Haushalt 165 Mio. Euro jährlich. Bei einem Zweischichtbetrieb kommt das Bundesumweltministerium jetzt auf 4,9 Mrd. Euro Betriebskosten für 30 Jahre. Eine Kostensteigerung von 1,3 Mrd. Euro innerhalb der letzten zwei Jahre. Fraglich bleibt dabei, ob ein Zweischichtbetrieb überhaupt realistisch wäre. Schließlich fehlen für Schacht KONRAD freigegebene Gebinde und die Logistik wird auch noch eine große Herausforderung werden.

Mit den **Kosten** von 0,93 Mrd. Euro für die Planungszeit bis 2007 liegt das Projekt derzeit bei 11,83 Mrd. Euro, die Schließungskosten nicht eingerechnet. Stand 2024 wurden davon 4,53 Mrd. Euro bereits ausgegeben. Ein sofortiger Baustopp könnte also immer noch immense Kosten sparen, ein Milliardengrab verhindern und die Gelder für einen wirklich verantwortungsvollen Umgang mit dem Atommüll frei machen.



Asse II – absaufendes Atom-Debakel



ASSE II

Das Jahr 2025 stand bei der BGE zunächst im Zeichen der Schadensbegrenzung: Die obere Auffangstelle für Laugenzuflüsse aus dem Deckgebirge auf der 658-Meter-Sohle hatte seit April 2024 zunehmend versagt. Die dort bis dahin aufgefangene Salzlaugenmenge kam stattdessen auf der 725-Meter-Sohle an. Nach zahlreichen Erkundungsbohrungen kam die Betreibergesellschaft BGE zu dem Schluss, dass der Boden der oberen Auffangstelle in eine Richtung abgesackt war und die eingezogene Folie schlichtweg übergelaufen war. Sehr gut dokumentiert dies der Film „Der Herr der Fässer“ von Carsten Rau, der am 8. September 2025 in der ARD ausgestrahlt wurde und noch ein Jahr danach in der Mediathek abrufbar bleibt.

Mittlerweile scheinen bauliche Maßnahmen zu wirken und dieses unvorhergesehene Ereignis hat glücklicherweise keinen Einfluss auf die Rückholung der atomaren Abfälle.

Fazit: Die Asse ist ein instabiles Bergwerk, das nicht für die Lagerung von Atommüll geeignet ist. Die Rückholung muss beschleunigt werden!



Weiterhin scharfe Auseinandersetzungen gibt es um den Standort für ein „Zwischen-“ oder eher Langzeitlager der rückzuholenden Abfälle. Im Rahmen eines Raumordnungsverfahrens sollte geprüft werden, ob die BGE alle umweltrechtlichen Auflagen einhalten kann. Hier hat am 26. Februar ein nicht-öffentlicher Erörterungstermin stattgefunden, dessen Wortprotokoll bis heute nicht öffentlich einsehbar ist. Der Zeitung konnte man aber entnehmen, dass es sehr kontroverse Diskussionen gegeben hat und dem zuständigen Amt für regionale Landesentwicklung (ArL) vorgeworfen wurde, sich zur „Rechtsabteilung der BGE degradiert“ zu haben. Nach unserem Wissensstand ist die BGE auch weiterhin nicht im Besitz der erforderlichen 10 Hektar Baugrund in der Gemarkung „Kuhlager“, auf dem sie den 30.000 qm großen Baukomplex errichten will. Sie hätte seit Jahren der Schärfe der Auseinandersetzungen in der Region entgehen können, wenn sie den Forderungen nach einem fairen Standortvergleich nachgekommen wäre. Wird hier ein Vorhaben schon in der Planungsphase sehenden Auges „gegen die Wand gefahren“?

Fazit: Statt weiterhin auf nicht durchführbare Bauvorhaben zu setzen, müssen Alternativen geprüft werden!

Auf einer öffentlichen Veranstaltung der BGE im Mai 2025 präsentierte die BGE dann unvermittelt

eine TÜV-Berechnung der radioaktiven Belastung bei Verbleib der atomaren Abfälle im Bergwerk.

Schlägt hier die neue BGE-Chefin Iris Graffunder andere Töne an? Auf Nachfrage aus dem Publikum betonte sie, dass sie an der Rückholung festhalte – die ihr gesetzlicher Auftrag ist: „Wir arbeiten nach wie vor mit Volllast an der Rückholung. Wir können aktuell aus den Ergebnissen der Konsequenzanalyse keinen Langzeitsicherheitsnachweis ableiten, haben aber ein Dilemma“.

Da sich in der ASSE ständig etwas ändert (z.B. veränderter Laugenzutritt), dürfe man die Augen nicht verschließen, sondern müsse sich parallel auch auf den Verbleib der Abfälle im Bergwerk vorbereiten. Das Dilemma bleibt – hausgemacht – und wir fordern, dass von unabhängiger Stelle geprüft werden muss, was sich seit dem Optionenvergleich von 2009 grundsätzlich geändert haben soll.

Solange Bundesregierung und BGE nicht konsequent daran arbeiten, einen durchführbaren Rückholplan vorzulegen, wird das Bergwerk immer wieder dem Gebirgsdruck nachgeben und neue Wege für Laugenzuflüsse entstehen.

Fazit: Nur wenn die Rückholung beschleunigt wird, kann sie gelingen, bevor der „Notfall“ eintritt!



Gerichtsverhandlung zur Strahlengenehmigung von Eckert & Ziegler noch in 2025?

Im Dezember 2019 haben Anwohnende der Nuklear-Firma Eckert & Ziegler in Braunschweig-Thune eine Klage gegen die enorm hohe Strahlengenehmigung von Eckert & Ziegler beim Braunschweiger Verwaltungsgericht eingereicht.

Die **Strahlengenehmigung** erlaubt das 300fache der in den 126.000 ASSE-Fässern vorhandenen Radioaktivität - in einem Wohngebiet neben zwei Schulen und KiTas.

Nach mehreren hundert Seiten von Klageschrift, Stellungnahmen des angeklagten Landesumweltministeriums und der beisitzenden Nuklear-Firma Eckert & Ziegler, sowie Stellungnahmen zu den Stellungnahmen, teilte das Braunschweiger Gericht mit, dass dieses Verfahren derzeit das älteste anhängige Verfahren ist und es noch in 2025 zu einer Gerichtsverhandlung kommen soll.

Dagegen haben nun die Anwälte des Landesumweltministeriums neue Einwände. Für sie ist das Verfahren bereits zu lang und umfangreich, als dass sie sich noch dieses Jahr wieder einarbeiten könnten. Auch eine Antwort auf eine Frage des Gerichts, scheint den Anwälten plötzlich zeitliche Schwierigkeiten zu bereiten.

Denn diese Frage trifft genau den Kern der Klage.

Schreiben des Verwaltungsgerichts Braunschweig: Es (...) „stellt sich der Kammer die Frage, warum mit der Genehmigung Nr. 11/04 vom 5. Juli 2004 andere Freigrenzen – im Vergleich zu den mit der Genehmigung Nr. 31/98 La vom 23. Juli 1998 genehmigten Freigrenzen – für den Umgang mit radioaktiven Stoffen festgesetzt worden sind“.

Wir haben als **BISS (Bürgerinitiative Strahlenschutz)** bereits mehrfach betont, dass die Voraussetzungen für die Erhöhung der Strahlengenehmigung im Jahr 2004 nicht vorhanden gewesen sein können. Unter anderem wurde auch keine Umweltverträglichkeitsprüfung bzw. Vorprüfung durchgeführt.

Wir haben die Vermutung, dass der Termin für 2025 nochmal verschoben werden wird und damit die Verzögerungstaktik des Landesumweltministeriums weitergeht.

Aber wir werden dranbleiben und berichten.

Behörden gefährden Braunschweig

Jetzt klagen BürgerInnen
für eine Reduzierung der
Strahlengefährdung



Mit euch – für euch

Nationales Entsorgungsprogramm (NaPro) – die Nullnummer aus dem Bundesumweltministerium



NaPro

Die Bundesregierung muss alle zehn Jahre an die EU-Kommission über den Stand der nationalen Atom-müllentsorgung berichten. Seit einem Jahr gibt es einen Vorentwurf, der sich nach eigenem Bekunden nur redaktionell vom Papier zehn Jahre davor unterscheidet. Im Vorentwurf des Berichts, der endgültig im späten Herbst abzugeben ist, werden wesentliche Probleme im Umgang mit der Lagerung entweder verschwiegen oder beschönigt. Dies trifft uns in der Region mit Schacht KONRAD, der Asse und Eckert & Ziegler gleich dreifach. Teil des von der EU vorgeschriebenen Prozederes ist eine verbindliche Beteiligung der Öffentlichkeit.

Die Organisationen .ausgestrahlt, Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad und der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) haben daher am 31. Juli 2025 öffentlich über 4.000 zuvor gesammelte Unterschriften und zahlreiche Stellungnahmen an Jochen Flasbarth (SPD), Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) übergeben. Damit wurde unübersehbar auf die großen Versäumnisse und Missstände hingewiesen. Aus unserer Region gaben neben der AG Schacht KONRAD auch die Bürgerinitiative Strahlenschutz (BISS) und die WolfenbüttlerAtomAusstiegsGruppe (WAAG) eigene Stellungnahmen ab. Gemeinsamer Tenor: Das Atommüll-Entsorgungsprogramm ist mangelhaft und greift wichtige Punkte nicht auf. Bei der Endlagersuche wird mit Jahrzehnten gerechnet. Die sich daraus ergebenden Probleme auch bei der Zwischenlagerung werden nicht benannt. So verschweigt die Bundesregierung die rostenden Fässer genauso wie fehlende Genehmigungen und erheblich anwachsende Sicherheitsprobleme.



„Berücksichtigung“? Denkste!

Der Staatssekretär Jochen Flasbarth bedankte sich für die kritischen Stellungnahmen. Er versprach, das Ministerium werde sie sorgfältig durcharbeiten und in dem Bericht zum Nationalen Entsorgungsprogramm berücksichtigen. Das Ministerium hatte am 8. Oktober 2025 „nur die Einwenderinnen und Einwender aus der Öffentlichkeit“ zu einer Videokonferenz eingeladen, "die eine Stellungnahme abgegeben haben, um deren Perspektiven direkt in den Austausch einzubeziehen und in Arbeitsgruppen einen offenen und konstruktiven Austausch zu den eingegangenen Stellungnahmen zu ermöglichen."

Die Realität hinter der Fassade: Nicht ein einziger der zahlreichen Kritikpunkte wurde berücksichtigt, nicht eine Anregung aufgenommen. So geht völlige Realitätsverweigerung: Während der Bundestag zeitgleich über Fragen zunehmender Bedrohung durch Drohnen und deren Abwehr debattierte, wollten Ministeriumsvertreter diese Gefahr für die ungeschützten Zwischenlager überhaupt nicht erkennen. Jetzt also soll der Entwurf auch ohne Beteiligung des Umweltausschusses vom Kabinett abgenickt und nach Brüssel geschickt werden. Aber der Atommüll verhandelt nicht und die maßlose Ignoranz der politisch Verantwortlichen wird ihnen früher oder später auf die Füße fallen. Und, versprochen, wir bleiben dran!



Atommüll lässt sich nicht stilllegen!

Castor Transport? Das hört sich an wie eine Geschichte aus längst vergangener Zeit, und so ist es auch. Atomkraftwerke werden in Deutschland nicht mehr betrieben, aber der Atommüll – ups – den gibt es ja immer noch. Und weil es in den nächsten Jahrzehnten auch kein „Endlager“ geben wird, wird der Atommüll hin- und hergeschoben, von irgendwo nach nirgendwo.



Im aktuellen Fall von der britischen Atomfabrik Sellafield, die vor rund 70 Jahren für das britische Atomwaffenprogramm gebaut wurde, zum „Zwischenlager“ des ehemaligen AKW Brokdorf, das in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts gebaut wurde. Außerdem vom Forschungszentrum Jülich und dem Reaktor der TU München in Garching zum „Zwischenlager“ Ahaus mit insgesamt 152 plus X CASTOR-Transporten quer durch Deutschland – eine wahre Lawine von hoch-radioaktiven Atomtransporten!

[weitere Infos: www.bi-ahaus.de | www.sofa-ms.de
| www.westcastor.org | www.ausgestrahlt.de]

Schauen wir uns an, was real, jenseits blumiger „Endlagerpläne“ passiert, wird ein Muster deutlich: Seit Beginn der Produktion von Atommüll wird dieser hin- und hergeschoben, mit dem Hinweis, dass es irgendwann einmal ein sagenumwobenes „End“-lager geben wird, mit dem wir dann alle Sorgen los sind, weshalb es ja auch „Entsorgung“ heißt.

Wir wissen auch nicht, wohin mit dem Atommüll, wussten es noch nie, und waren deshalb immer dagegen, ihn zu produzieren. Je mehr wir uns damit beschäftigt haben, desto klarer wurde die Einsicht,

dass wir Atommüll nicht einfach stilllegen können. Das planlose Verschieben von Atommüll von einem Ort zum nächsten ist gefährlich und versucht, die Ewigkeitslasten der Atomindustrie zu vertuschen. Ein nuklearer Hütchenspielertrick! Dem stellen wir uns entgegen. **Castortransporte stoppen!**

CASTOR-Alarm Frühjahr 2026 von Sellafield (GB) nach Brokdorf: www.castor-stoppen.de





Neues aus dem Archiv Deutsches Atomerbe

Im Archiv geht es voran! Dieses Jahr haben uns vor allem zwei Projekte beschäftigt, für die wir von der Stiftung Atomerbe und von VW finanziell unterstützt wurden. Dabei ist das sogenannte „Findbuch Endlagerung“ herausgekommen: eine Sammlung wichtiger Unterlagen zum Thema Endlagerung, und es ist der Teilkatalog „Sicherheitsanforderungen an die Lagerung radioaktiver Abfälle“ entstanden, der natürlich auch auf Schacht KONRAD Bezug nimmt.

Wir haben aber nicht nur Material bearbeitet, sondern vor allem ganz wunderbare Bestände sichern können. Unter den diesjährigen knapp 50 Abgaben seien stellvertretend die Bestände zu Brokdorf, zur Asse, zu Lingen und zur IPPNW genannt. Und für nächstes Jahr freuen wir uns schon jetzt auf eine ganz besonders spannende Übernahme.

Erfreulich waren für uns auch die interessanten Begegnungen mit den Archiv-Nutzenden, die für ihre wissenschaftlichen Arbeiten zum Recherchieren ins Archiv kamen.



Herzlichen Dank an alle Spenderinnen und Spender, die uns unterstützt haben! Die Projektgelder reichen nicht übers ganze Jahr, und tatsächlich brauchen wir auch weiterhin Spenden, denn allein mit ehrenamtlichem Einsatz ist die Menge der Arbeit einfach nicht zu bewältigen. Wer Mitglied im Archiv-Verein werden möchte: mit nur 60 Euro im Jahr dabei sein!

Infos unter: www.archiv-atomerbe.de

Bei der **Atommüllkonferenz (AMK)** handelt es sich um ein Treffen der Anti-Atom-Bewegung, das dem gegenseitigen Austausch und der Planung gemeinsamen Vorgehens dient. Sie ist ein fachlich-politisches, parteiunabhängiges Forum für Betroffene und kritische Akteure von den Standorten, an denen sich Atommüll befindet oder die Lagerung vorgesehen ist. Ausdrücklich erwünscht ist die Teilnahme unabhängiger, kritischer WissenschaftlerInnen und von VertreterInnen von Verbänden und NGOs, die sich mit diesem Thema beschäftigen.

Die Atommüllkonferenz findet zwei Mal im Jahr statt.

Weitere Infos: www.atommuellkonferenz.de

**atommüll
konferenz.de**





Die Termine der hier genannten Gruppen finden sich jeweils aktuell unter: termine.ag-schacht-konrad.de

ASSE II

Fachgruppe ASSE der AG Schacht KONRAD,
Kontakt: Claus Schröder,
claus@schroeder-sicke.de

Schacht KONRAD

Inhaltliche Mitarbeit in der Fachgruppe
Schacht KONRAD, Kontakt: Ludwig Wasumus,
ludwig.wasmus@gmx.de

Mobile Atomaufsicht, KONRAD-Spaziergang,
Kontakt: info@ag-schacht-konrad.de

Archiv Deutsches Atomerbe e.V.

Offenes Treffen, jeden dritten Freitag im Monat,
Kontakt: info@archiv-atomerbe.de

Mahnwache der BISS vor dem Gelände der
Atomfabrik, Harxbütteler Str. 3,
Kontakt: info@biss-braunschweig.de

Eckert&Ziegler/Braunschweig-Thune

Öffentliches Treffen der
Bürgerinitiative Strahlenschutz (BISS),
Kontakt: info@biss-braunschweig.de

Mitgliederversammlung AG Schacht KONRAD

Mittwoch, 4. März 2026, 19 Uhr,
Gemeindehaus (neben der Kirche), SZ-Bleckenstedt

Save the Date: Fukushima-Kongress 2026

Samstag 7. März 2026, ab 11 Uhr im Bürgerzentrum
Stuttgart West, Bebelstraße 22, 70193 Stuttgart.

Im März 2026 jährt sich die Atomkatastrophe von Fukushima zum 15. Mal – und im April liegt der Super-GAU von Tschernobyl 40 Jahre zurück. Zu diesen Anlässen plant der Arbeitskreis Atomenergie der IPPNW einen Kongress, der sich den bis heute anhaltenden, teils verheerenden Folgen der beiden größten Atomunfälle der Geschichte widmen wird. Wir freuen uns auf rege Teilnahme! Infos: www.ippnw.de

Was Sie noch tun können

Sich informieren - Ihr Kontakt im KONRAD-Haus: Steffi Schlenz, 05341 / 900194, info@ag-schacht-konrad.de

Kommen, mitreden, mitarbeiten - Aktuelle Termine: termine.ag-schacht-konrad.de

Mitglied werden und Mitglieder werben - Beitrittsformulare gibt es in der Rubrik „Über uns“ auf www.ag-schacht-konrad.de oder im KONRAD-Haus: Steffi Schlenz, 05341 / 900194, info@ag-schacht-konrad.de

Spenden - Wir sind gemeinnützig, Spenden und Mitgliedsbeiträge können steuerlich abgesetzt werden.

Unser Konto: AG Schacht KONRAD e.V., GLS Bank, BIC GENODEM1GLS, IBAN DE76 4306 0967 4067 8836 00



- **Vorträge, Recherchen, und Literatur zum Thema Atomausstieg**
- **Aktuelle Informationen** per Post und Newsletter. Anmeldung: newsletter@ag-schacht-konrad.de
- **Bildungsmaterial** zum Thema Atommüll für Schulen und andere Bildungseinrichtungen: www.atommuellreport.de/projekte-termine/bildung.html
- **Wanderausstellung mit 12 Tafeln** (als Rollups oder Plakate) zu den Atommüllprojekten in der Region Braunschweig, Ausleihe kostenlos, Führungen möglich
- **Archiv Deutsches Atomerbe:** Das Archiv sammelt alles, was mit der Atomenergienutzung und der Atommüllproduktion in Deutschland und darüber hinaus zusammenhängt und vor allem Dokumente zu den Protesten von Bürgerinitiativen und Einzelpersonen. Weitere Infos: www.archiv-atomerbe.de
- **Atommüllreport:** 12 Online-Veranstaltungen von der Wirkung radioaktiver Strahlung über konkrete Atommüllprojekte bis hin zum Uranabbau gibt es zum Nachsehen auf Youtube: www.atommuellreport.de/projekte-termine/online-veranstaltungen.html
- **Präsenz in FACEBOOK und INSTAGRAM**



@Weltatomerbe.
Braunschweiger.Land



schacht_konrad

Weitere Informationen finden sich
auf unserer Homepage: www.ag-schacht-konrad.de

